

Gipfel im Juli in Hamburg: Die G20 sind Teil des Problems, nicht der Lösung

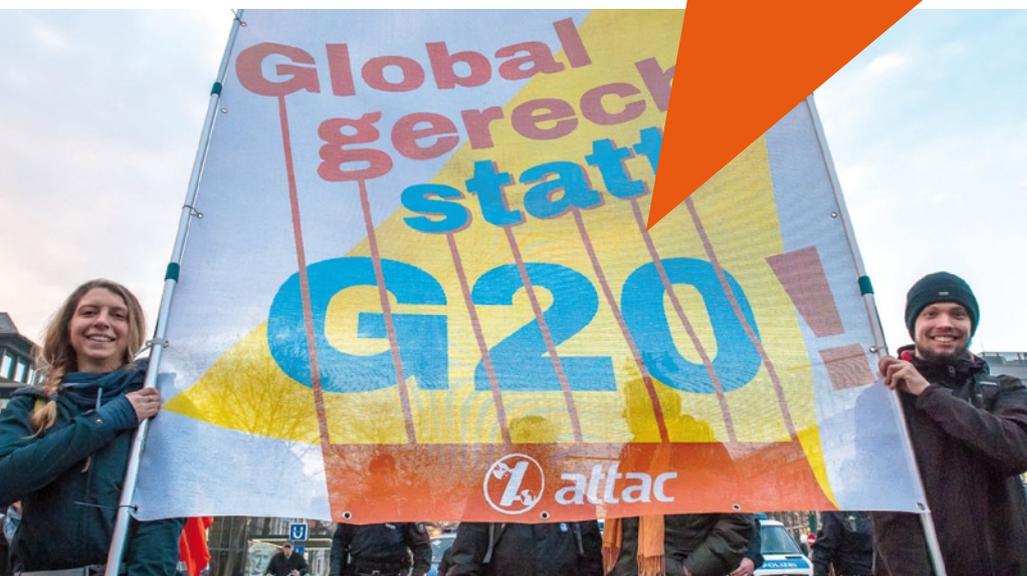


Foto: Herbert Sauerwein

Die Welt ist aus den Fugen – die durch die neoliberale Globalisierung erzeugten Krisen auf allen Ebenen sind kaum noch zu übersehen, geschweige denn zu beherrschen. Sie zeigen sich vor allem in Form der zunehmenden weltweiten Ungleichheit, von Privatisierung, Deregulierung, überhitzten Finanzmärkten, von geopolitischen Konflikten und Kriegen, von Aufrüstung, Terrorismus, von Armut und Hunger, dem voranschreitenden Klimawandel und in der Folge Migration und Flucht. Seit der Finanzkrise 2008 ist der neoliberale Kapitalismus zwar angeschlagen, dennoch versuchen die 20 größten Industrie- und Schwellenländer inklusive der EU weiterhin, das krisengeschüttelte Modell irgendwie in Schwung zu halten.

Die nächste Etappe wird der G20-Gipfel im Juli sein: In Hamburg treffen sich die Neoliberalismusverfechter wie Großbritannien, die USA, Japan oder Deutschland mit den autoritär regierenden Staatschefs aus der Türkei, China, Russland oder Saudi-Arabien. Auch die VertreterInnen äußerst rechter Regime wie Indien oder Brasilien, möglicherweise dann auch Frankreich werden

dabei sein, ganz zu schweigen von korrupten Staatenlenkern aus Südkorea oder Südafrika. Das in Hamburg versammelte Regierungspersonal legitimiert sich also kaum dadurch, dass es „80 Prozent der Weltbevölkerung“ repräsentiert, wie oft gesagt wird – vielmehr wollen diese Regierungen auf teils autoritäre, teils repressive und vielfach undemokratische Weise an den untauglichen Rezepten der Vergangenheit zur Lösung der globalen Krisen festhalten und sind damit sowohl Verursacher als auch Antreiber all der genannten Probleme.

Auch wenn sich die Spitze der Kritik derzeit vornehmlich auf Trump und Erdogan bezieht und die Anwesenheit dieser beiden Präsidenten hohes Mobilisierungspotenzial besitzt – bei aller Unterschiedlichkeit stehen alle G20-Staaten gemeinsam für eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung, Konkurrenz und ungebremsten Ressourcenverbrauch ausgerichtet ist. Diese Politik begünstigt globale Konzerne, große Vermögensbesitzer und die Finanzmärkte und verschärft die globalen Ungleichheiten.

Inhalt

Interview

Nein zu Trump und Rechtspopulismus – 2 –

International

G20-Gipfel in Hamburg – 3 –

Freie Fahrt für TiSA? – 4 –

Europa

Griechenland – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Fit in Finanzthemen – 8 –

Hintergrund

Neue Rechte stoppen – 9 –

Aktiv

ESU in Toulouse – 10 –

Aktionen für den Klimaschutz – 10 –

Bildung

Materialien für Grundschulen – 11 –

Wir sagen klar: Die G20 sind Teil des Problems, nicht der Lösung. Daher stellt Attac keine Forderungen an den exklusiven Kreis der größten Wirtschaftsmächte, der schwächere Staaten ausschließt und versucht, Politik in Konkurrenz zu völkerrechtlichen Institutionen wie die UNO zu betreiben.

Attac bereitet zusammen mit vielen Bündnispartnern und solidarischen Strömungen in der Gesellschaft vom 5. bis 8. Juli einen kompakten Protestdreiklang vor, bestehend aus einem „Gipfel der globalen Solidarität“, bunten Aktionen an der „roten Zone“ sowie einer internationalen Großdemonstration. Mehr dazu auf Seite 3.

Achim Heier, Attac-Koordinierungskreis
Stephanie Handtmann, Geschäftsführung im Attac-Bundesbüro

www.attac.de/g20

Keine einfachen Lösungen

Warum sich Attac von Trump, AfD, FN und anderen Rechtspopulisten unterscheidet

US-Präsident Donald Trump ist ein Feind von Freihandel und Globalisierung. Haben die Globalisierungskritiker in der EU einen neuen Verbündeten? Nein, sagt Roland Süß vom Netzwerk Attac. Im heute.de-Interview begründet er, warum.

heute.de: Welche inhaltlichen Schnittmengen haben Donald Trump und das globalisierungskritische Netzwerk Attac?

Roland Süß: Wir haben keine Schnittmengen. Donald Trump stellt die USA an die erste Stelle. Wir stellen keine Nation an erste Stelle. Wir stellen keine Nation an erste Stelle. Wir gehen es um globale Solidarität. Trump leugnet den Klimawandel. Wir wollen den Klimawandel stoppen und die durch ihn geschaffenen Ungerechtigkeiten auf der Welt beseitigen. Das geht nicht mit den nationalistisch-protektionistischen Mitteln eines Donald Trump.

heute.de: Der US-Präsident will neue Arbeitsplätze im abgewirtschafteten Nordosten der USA schaffen. Ist das ungerecht?

Süß: Ja, denn er will Arbeitsplätze schaffen auf Kosten anderer Länder wie Mexiko. Und er ist der Meinung, dass die USA stark genug sind, der Welt ihren Willen aufzuzwingen. Das kann keine Grundlage für eine gemeinsame Lösung einer gerechten Globalisierung sein.

heute.de: Wo ist der Schaden für Mexiko, wenn Arbeitsplätze in Detroit entstehen?

Süß: Trump will mit Strafzöllen Einfuhren aus Mexiko verhindern. So werden Mexikaner ihren Arbeitsplatz verlieren. Diese Art von National-Protektionismus lehnen wir ab.

heute.de: Gibt es Arten von Protektionismus, die Attac gut findet?

Süß: Wir kritisieren beispielsweise die ungleichen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (EPAs). Wenn diese wirtschaftlich schwächeren Länder ihre Märkte öffnen müssen, stehen sie plötzlich in direkter Konkurrenz mit großen, starken Konzernen aus den Industrienationen. Es hat katastrophale Auswirkungen für die Landwirtschaft, wenn Fleisch, das in der EU subventioniert produziert wurde und hier kaum noch verkäuflich ist, auf afrikanische Märkte geworfen wird. Damit wird die Lebensgrundlage afrikanischer Bauern zerstört. Deswegen kann es besser sein, die schwächeren Märkte vorübergehend zu schützen, damit sie stark werden und die

Bauern vor Ort die Bevölkerung im eigenen Land versorgen können.

heute.de: Trump hat ein Investitionsprogramm für die marode Infrastruktur in den USA versprochen. Was soll daran schädlich sein?

Süß: Der US-Präsident will zugleich die Steuern für Reiche und Unternehmen senken. So kann er kein Investitionsprogramm gerecht finanzieren.

heute.de: Trump nennt das Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko (NAFTA) einen der schlechtesten Deals, die er je gesehen hat. Er will es abschaffen. Ist das nicht im Sinne von Attac?

Süß: In der Tat hat NAFTA den mexikanischen Bauern massiv geschadet, Arbeitsplätze in den USA vernichtet und Löhne gedrückt. Auch die US-Gewerkschaften kritisieren es seit vielen Jahren. Selbst US-Präsident Barack Obama lehnte das Abkommen ab. Aber er hat nichts unternommen. Es ist an der Zeit zu sagen, in welche Richtung die Entwicklung künftig gehen soll.

heute.de: In welche Richtung soll sie gehen?

Süß: Wir müssen einen Rahmen setzen, in dem wir diskutieren können. Es kann nicht sein, dass stets nur die Konzerne ihre Interessen durchsetzen ohne Rücksicht auf arme Länder und die Umwelt. In der Welthandelsorganisation (WTO) wollen die Industrienationen bislang keine Rücksicht auf schwächere Agrarnationen nehmen. Deswegen gibt es nun den Vorschlag, die Vereinten Nationen (UN) als übergeordneten Rahmen zu nehmen.

heute.de: Ihre Kritik an den Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) sowie zwischen der EU und den USA (TTIP) mobilisierte in den vergangenen Jahren viele Menschen in ganz Europa. Seit Trumps Amtsantritt finden einige Sozialdemokraten, aber auch Grüne, die Handelsabkommen gar nicht mehr so schlecht. Spaltet Trump die Bewegung der Freihandelskritiker?

Süß: Das glaube ich nicht. Denn die Leute, die jetzt auf eine schnelle Verabschiedung der Abkommen drängen und Trumps Politik als Begründung dafür nehmen, waren schon immer Befürworter der Freihandelsabkommen, so wie sie vorliegen. Diese Abkommen würden die gesellschaftlichen Probleme noch verschärfen, damit würden noch mehr Menschen Trump und AfD in die Arme getrieben.

heute.de: Warum laufen Globalisierungsoffer in großer Zahl rechts-nationalistischen Politikern und Parteien nach und werden nicht stattdessen Mitglied beim Attac-Netzwerk, das seit mehr als 15 Jahren eine gerechtere Welt fordert?

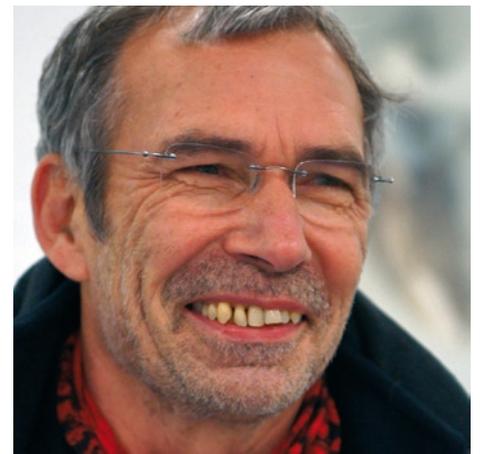
Süß: Es engagieren sich zum Glück mehr Menschen bei Attac als in der rechtspopulistischen AfD. Dennoch müssen wir an unserer Sprache arbeiten und der Art, wie wir unsere Anliegen rüberbringen. Aber für Rechtspopulismus ist in Attac kein Platz. Es gibt nicht die einfachen Lösungen, wie sie Trump, der französische Front National oder die deutsche AfD propagieren. Die neoliberale Globalisierung der vergangenen Jahre hat viele Krisen erzeugt, die sich nicht so einfach und rasch beseitigen lassen. Notwendig ist ein echter Kurswechsel. Dafür haben wir unter anderem den Vorschlag eines alternativen Handelsmandats für die EU gemacht.

heute.de: Was ist ein alternatives Handelsmandat?

Süß: Es legt Grundprinzipien für ein Handelssystem fest, das Mensch und Umwelt dient. Ein wichtiger Punkt ist, dass wir staatliche Regulierungen brauchen, wenn wir weltweit sozial gerechte Lösungen anstreben. Das hat mit National-Protektionismus à la Trump nichts zu tun. Wir dürfen die Globalisierung nicht der Wirtschaft und den Märkten überlassen.

Das Interview führte Katharina Sperber. Wir danken der Heute.de-Redaktion für die Abdruckgenehmigung.

www.heute.de/interview-mit-attac-ueber-globalisierung-freihandel-trump-und-rechtspopulismus-46563974.html



Auf nach Hamburg!

Unser Protest-Dreiklang gegen den G20-Gipfel



Foto: Stephanie Handtmann

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Gruppen will Attac allen Interessierten, auch internationalen PartnerInnen, eine kompakte Teilnahme an den Protesten gegen die Schau der Mächtigen ermöglichen. Wir werden dann demonstrieren, wenn die VertreterInnen der G20 in der Stadt sind, auch wenn sich jetzt schon abzeichnet, dass die Polizei massiv versucht, bürgerliche Grundrechte einzuschränken. Jenseits des Dreiklangs gibt es auch am Sonntag vor dem Gipfel bereits eine „Protestwelle“ zum Warmlaufen für die Gipfelwoche. Attac beteiligt sich ab Mittwoch, 5. Juli bis Samstag, 8. Juli an der Organisation folgender Aktionen:

„Gipfel der Globalen Solidarität“ am 5. und 6. Juli

In der Kulturfabrik Kampnagel in Hamburg werden über 1.000 TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland erwartet. In einem Dutzend zentraler Veranstaltungen und ca. 50 Workshops werden wir mit bekannten VertreterInnen aus Wissenschaft, politischen und sozialen Bewegungen aus Asien, Afrika, Amerika und Europa die Kritik an der krisenverschärfenden Politik der G20 vertiefen, unsere Alternativen vorstellen und diskutieren und über Strategien für eine Politik globaler Solidarität beraten.

Zentrale Fragestellungen sind: Wie überwinden wir Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Naturzerstörung? Wie können wir soziale und demokratische Rechte global durchsetzen? Wie bekämpfen wir effektiv Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie? Wie erreichen

wir ein Gemeinwesen, das auf Kooperation und Selbstbestimmung basiert? Wie sieht eine Wirtschaft aus, die dem Menschen dient?

Zugesagt haben u. a. Vandana Shiva, indische Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Colonel Ann Wright, Vertreterin des US-Peace Movement und der kroatische Philosoph und DIEM25-Aktivist Srecko Horvat. Angefragt sind u. a. Angela Davis und der englische Freihandelskritiker John Hilary.

Zum Alternativgipfel ruft ein breites Bündnis von über 50 Organisationen auf. Neben Attac Deutschland auch Attac Polen, Österreich, Spanien und Argentinien, wo der nächste G20-Gipfel stattfindet. Der „Gipfel für Globale Solidarität“ wird gefördert durch die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE). Alle Infos und Anmeldung unter:

www.solidarity-summit.org

Aktionstag Ziviler Ungehorsam am Freitag, 7. Juli

Wir werden am Freitag, dem ersten offiziellen Gipfeltag, in guter Attac-Tradition mit kreativen Aktionen in der Stadt präsent sein, ähnlich wie mit der Auktion für Steuersenkung anlässlich des Finanzministertreffens in Baden-Baden im März. Mit weiteren Aktionen zu „Freihandel und Flucht“, „Neoliberalismus ins Museum“, „Jenseits des Wachstums“ werden wir an symbolträchtigen Orten in der Hamburger Innenstadt unsere Botschaften in klaren Bildern deutlich machen. Dabei helfen uns Riesenpuppen, Maggie-Thatcher-Handtaschen, Weltkugeln, Pappnasen, Masken

und Regenschirme. Das Ganze ist ein Mitmachangebot: Es wird leicht möglich sein, an den Aktionen teilzunehmen.

Attac-AktivistInnen werden sich auch an regelüberschreitenden Aktionen im Rahmen eines großen „BlockG20“ an der „Roten Zone“ beteiligen. Wir nehmen es nicht hin, dass Hamburg zur Festung wird, um die Potentaten dieser Welt zu schützen und dafür Bewegungsfreiheit und demokratische Rechte der BürgerInnen massiv eingeschränkt werden.

Am Aktionstag ist für Alle etwas dabei. Jede(r) soll an diesem Tag für sich die geeignete Aktionsform auswählen. Nähere Infos unter:

www.attac.de/kampagnen/g20-in-hamburg/aktionstag-77

Internationale Großdemonstration am Samstag, 8. Juli

„Die Straßen werden den Menschen gehören, die den Gipfel nicht eingeladen haben ... Wir laden alle Menschen ein, die unsere Empörung und unsere Hoffnung teilen, mit uns gemeinsam am 8. Juli 2017 in Hamburg zu einer lauten, bunten und vielfältigen Demonstration auf die Straße zu gehen“, heißt es im Aufruf zur Demonstration.

Dieser Höhepunkt der Proteste gegen den G20-Gipfel wird voraussichtlich um 11 Uhr mit einer Kundgebung auf der Moorweide beginnen und soll nach einer Route durch die Innenstadt auf dem Heiligengeistfeld enden. Dabei sollen sich auf der Demonstration alle wohl und sicher fühlen können.

Der Aufruf kann unter info@g20-demo.de unterstützt werden. Zur Unterstützung der Demo werden dringend SpenderInnen gesucht. Näheres unter: www.g20-demo.de

Für die Anreise gibt es eine zentrale Busorganisation und eine Mitfahrbörse unter:

www.attac.de/kampagnen/g20-in-hamburg/mitfahrborser

Unterkunft

Für diejenigen, die sich mehrere Tage in Hamburg an den Protesten beteiligen und nicht privat unterkommen können, sind ein Camp und eine Bettenbörse geplant. Angaben zu beiden Unterkunftsmöglichkeiten sind so bald wie möglich auf unserer Website zu finden.

Achim Heier, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/g20

TiSA – Freie Fahrt für transnationale Dienstleistungskonzerne



Foto: Boris Schöppner

Handelspolitik bleibt weiterhin heiß umkämpft. Die Freihandelskritische Bewegung bleibt dynamisch, auch wenn es um sie nach der phänomenalen Mobilisierung von über 300.000 BürgerInnen gegen CETA am 17. September 2016 etwas ruhiger geworden ist. Seit Januar allerdings rüttelt die neue äußerst rechte republikanische Regierung in den USA die Handelsdiplomatie enorm durcheinander. Während das Transpazifische Abkommen (TPP) definitiv gescheitert zu sein scheint, ist bisher offen, wie es mit TTIP, NAFTA, der WTO oder TiSA – dem Verhandlungsprozess zu einem globalen Dienstleistungsabkommen – weitergehen wird. Eine weitere radikale Liberalisierung und Deregulierung des weitgefächerten Dienstleistungssektors steht somit weiterhin auf der Agenda.

Offiziell laufen die Verhandlungen zum Trade in Services Agreement (TiSA) seit 2013. Angestoßen wurden sie von den USA und Australien, die etwa 50 WTO-Mitglieder als Gruppe der „Really Good Friends of Services“ um sich versammelten, darunter auch die EU. Taktisch ging es mit der Eröffnung dieser Verhandlungen darum, eine Alternative zu den seit 2001 laufenden, aber blockierten Dienstleistungsverhandlungen (GATS) in der WTO zu finden. Idee und Initiative für dieses Vorgehen kamen übrigens von der US-Coalition of Services Industries (CSI), in der Konzerne wie Citi Group, FedEx und Microsoft eine wichtige

Rolle spielen. Gegenüber der EU-Kommission, die für die noch 28 Mitgliedstaaten die Gespräche führt, hat sich als TiSA-Lobbyist vor allem der Verband Digital Europe mit zahlreichen Treffen hervorgetan. Digital Europe: Das sind u.a. Siemens, Amazon, Apple, Google und Microsoft. An dieser Auflistung wird deutlich, dass neben der Finanzindustrie besonders digitale Unternehmen ein erhebliches Interesse an TiSA haben. Nicht zuletzt für den EU-Datenschutz sind das sehr schlechte Nachrichten, denn dieser gilt vielen Konzernen als störendes „Handelshemmnis“.

Die in Genf geführten TiSA-Verhandlungen betreffen faktisch alle existierenden Dienstleistungsbereiche: Von Post und Video-on-demand über Fracking und Bausektor bis hin zu Krankenhäusern und Wasserversorgung. Diverse lukrative Märkte locken transnationale Konzerne aus der EU: So fordert die Kommission, dass Japan Zugang zu Flughafen-Dienstleistungen gewährt, Kolumbien den Fernsehmarkt für EU-Investoren öffnet und wie auch bei TTIP soll der maritime Transport zwischen US-Häfen für EU-Reedereien freigegeben werden.

Als sektorübergreifende Regel ist beispielsweise die „Ratchet-“ bzw. Sperrklinken-Klausel besonders dramatisch. Sie würde es unmöglich machen, dass künftige Liberalisierungen wieder zurückgenommen werden können. Ein fiktives Beispiel: Falls sich die

aktuelle Bundesregierung mit ihren Plänen für die Autobahn-Privatisierung mittels einer Infrastrukturgesellschaft durchsetzt und bei dieser auch ausländische Investoren einstiegen, könnte eine künftige Regierung durch TiSA blockiert werden, wenn sie das absehbare finanzielle Desaster dieser Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP) beenden möchte.

Auch wenn EU-Handelskommissarin Malström und das Bundeswirtschaftsministerium unter Gabriel und jetzt Zypries nicht müde werden zu betonen, dass sie aus der Kritik an TTIP gelernt haben und nun die Transparenz-Flagge hochhalten: Die TiSA-Verhandlungen finden unter strikter Geheimhaltung statt.

Trotz der Konflikte wie um den Datenschutz sind die TiSA-Gespräche bereits weit fortgeschritten. Es war vorgesehen, TiSA im Dezember 2016 abzuschließen. Wegen des Regierungswechsels im Weißen Haus liegen die Verhandlungen jedoch vorerst auf Eis. Die Trump-Administration hält sich bei TiSA bisher bedeckt. Die EU-Kommission und die Bundesregierung setzen sich weiter vehement für TiSA ein.

Neben dem Versuch die weitere Ratifizierung von CETA zu verhindern und z.B. die EU-Japan- und die EU-Mexiko-Verhandlungen zu stoppen, sollte die Freihandelskritische Bewegung TiSA, der globalen Verfassung für transnationale Dienstleistungskonzerne, eine hohe Priorität einräumen.

Der kommende Bundestagswahlkampf und die aktuelle diplomatische Konfrontation um Handelspolitik beim G20-Finanzministertreffen im März in Baden-Baden, bei welcher US-Finanzminister Mnuchin einen positiven Bezug auf die Freihandelsdoktrin gegen den Rest der Gruppe verweigerte, sollten als Anlass für weitere Interventionen und Aktionen genutzt werden. Dabei gilt es sich einer Reduzierung auf einen Konflikt zwischen „Freihandel vs. Protektionismus“ zu verweigern. Protektionistische Maßnahmen können als Instrumente in einem Handelskrieg dienen. Allerdings ist ohne einen Schutz (lat.: *protegere* = schützen) sozialer Standards, ohne Umweltschutz und Verbraucherschutz keine gerechte Handelsordnung möglich.

Alexis J. Passadakis, Politikwissenschaftler, Mitglied in der Projektgruppe G20 von Attac

www.attac.de/tisa

Solidarität mit Griechenland

Sieben Jahre Schuldenkolonie und kein Ende

„Wir sind zu einem afrikanischen Land geworden.“ Diesen Satz hört man oft in Griechenland: Sehr viele Menschen haben kein Einkommen, andere nur eine Hungerrente, Sozialleistungen gibt es nur für sehr wenige und dann auch nur kurz. Immer mehr GriechInnen hungern und sind auf Armenküchen angewiesen. Das Schlimmste ist, dass hunderttausende junge Menschen ihr Land verlassen, weil sie keine Perspektive für sich sehen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Griechenlands ist heftiger als der in der Weltwirtschaftskrise in den 1920/30er Jahren – er dauert länger und hat stärkere Auswirkungen. Und die Talfahrt ist keinesfalls beendet. Griechenland wird den riesigen Schuldenberg niemals abzahlen können. Auf Druck der deutschen Bundesregierung wird eine nennenswerte Schuldenreduktion verweigert – ohne sie wird die griechische Wirtschaft aber nicht gesund. Ein Teufelskreis!

Der wirtschaftliche Zusammenbruch hat viele Ursachen, auch solche, die Griechenland selbst zu verantworten hat. Auch die deutsche „Exportwalze“ ist hier zu nennen. Die Hauptursache ist aber die Austeritätspolitik, zu der die Kreditgeber (die „Quadriga“ aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank, Europäischem Stabilitätsmechanismus und Internationalem Währungsfonds) Griechenland zwingen. Auch bei den aktuellen Verhandlungen geht es wieder darum, dass Renten weiter gekürzt werden und noch mehr arme Menschen, die weit unter der Armutsgrenze leben, Steuern zahlen sollen. Die Tsipras-Regierung versucht verzweifelt – mit dem Quadriga-Messer an der Kehle – die Kürzungsmaßnahmen abzumildern – vor allem für die Ärmsten. Die Kreditgeber aber sind gnadenlos. Wenn die griechische Regierung nicht spurt, wird ihr der Geldhahn zugekehrt.

Hierzulande wissen viele Menschen, dass nicht Griechenland, sondern die europäischen Großbanken durch die „Rettungspakete“ gerettet wurden. Andere glauben aber, sie hätten mit ihren Steuergeldern Griechenland massiv unterstützt. Finanzminister Schäuble füttert diese „alternative Tatsache“. Vor kurzem behauptete er, Deutschland würde hundert Milliarden Euro verlieren, wenn Griechenland nicht weiter gezwungen werde, noch viele Jahre seinen Haushalt jedes Jahr massiv zu kürzen. In Wirklichkeit profitiert Deutschland von Anfang an von der Eurokrise: durch einige hundert Millionen Euro Zinsen, die Griechenland an Deutschland gezahlt hat; durch mehr als hundert Milliarden Euro durch die extrem niedrigen Zinsen, die Deutschland für seine Staatsanleihen zahlen



muss; durch viele hundert Milliarden Euro, weil die Eurokrise den Eurokurs niedrig hält und deutsche Waren deshalb billiger sind.

Seit sieben Jahren müssen die GriechInnen mit einer beispiellosen Krise fertig werden. Trotzdem leisten viele eine erstaunliche Hilfe gegenüber Geflüchteten. Andererseits gibt es auch in Griechenland nicht wenige Menschen, die den Geflüchteten feindlich gegenüber stehen. Internationale Hilfsorganisationen und EU-Institutionen geben sehr viel Geld aus, das den Geflüchteten in Griechenland zu Gute kommen sollte. Trotzdem ist das Leben dieser Menschen, die zum großen Teil schon „die Hölle“ erlebt haben, eher erbärmlich. Unterkunft und Essen sind zumeist nicht gut. Im letzten, extrem harten Winter mussten viele in unbeheizten Zelten hausen. Das schlimmste ist aber die Perspektivlosigkeit. Die Asylverfahren laufen extrem langsam – die Geflüchteten werden zumeist nur festgehalten. Offensichtlich geht es der EU in erster Linie darum, weitere Flüchtlinge abzuschrecken. Den größten Schaden nehmen die Kinder: Viele leiden an Depressionen oder reagieren mit Selbstverletzungen.

Viele GriechInnen sind davon enttäuscht, dass auch die Tsipras-Regierung keine Wende gebracht hat. Tatsächlich hat sie in der Auseinandersetzung mit der Quadriga nur wenig erreichen können. Ein Beispiel: Einerseits hat die Regierung dafür gesorgt, dass alle GriechInnen wieder krankenversichert sind – andererseits ist die medizinische Versorgung

nach wie vor unzureichend. Im Krankenhaus muss man oft für Bettwäsche, Verpflegung und Medikamente selbst sorgen. Auch wenn sich so mancher enttäuscht ins Privatleben zurückgezogen hat, gibt es trotzdem eine lebendige Solidaritätsbewegung. Ein bekanntes Beispiel sind die zahlreichen solidarischen Kliniken. Viele Menschen wehren sich gegen die Kürzungen und gegen die Privatisierungen. Ein Beispiel gelungener internationaler Solidarität ist die Petition „Wasser ist Menschenrecht – Stoppt die Wasserprivatisierung in Griechenland“ (<https://weact.campact.de/petitions/wasser-ist-menschenrecht-stoppt-die-wasserprivatisierung-in-griechenland-1>), die bereits über 100.000 Unterschriften gesammelt hat. Sie wurde von einer Griechin und von Deutschen gestartet – man kann sie in fünf Sprachen unterzeichnen.

Es gibt viele Möglichkeiten, unsere Solidarität mit den GriechInnen aktiv auszudrücken: Unter www.griechenlandsoli.com findet Ihr eine ganze Liste von Soli-Projekten, die Eure Unterstützung brauchen, oder Ihr könnt Euch mit einer der Griechenland-Solidaritätsgruppen in Eurer Nähe zusammentun.

Georg Brzoska ist Mitglied der AG Griechenland von Attac Berlin und engagiert sich im Netzwerk der Griechenlandsolidarität. Er betreut den Blog griechenlandsoli.com

www.griechenlandsoli.com/soligruppen



„Sagt Nein zu CETA!“, Foto: Jannis Großer



Podiumsdiskussion in Baden-Baden, Foto: Stephanie Handtmann

Rückblick

14. Februar 2017

3,5 Millionen fordern EU-Abgeordnete auf: Sagt Nein zu CETA!

Stellvertretend für 3,5 Millionen EU-BürgerInnen, die die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP und CETA“ unterzeichnet haben, überreichen AktivistInnen der Kampagne den VizepräsidentInnen des Europaparlaments die Aufforderung, das EU-Kanada-Abkommen zu stoppen.

15. Februar 2017

EU-Parlament winkt Globalisierung im Konzerninteresse durch

Bei einer Demonstration in Straßburg fordern BürgerInnen aus vielen Ländern die EU-Abgeordneten auf, CETA abzulehnen. Zu den Protesten hat das Europäische Attac-Netzwerk aufgerufen. Doch die Mehrheit der ParlamentarierInnen versäumt es, aus der breiten Kritik die Konsequenz zu ziehen und stimmt dem Freihandelsabkommen zu.

17. bis 19. Februar 2017

Das Geschäft mit dem Krieg stoppen

Attac-AktivistInnen beteiligen sich an den Protesten gegen die so genannte Sicherheitskonferenz (Siko), zu der hochrangige PolitikerInnen, Militärs und VertreterInnen der Rüstungsindustrie in München zusammenkommen. Tausende demonstrieren in München.

27. Februar 2017

Globalisierungskritische Jecken beim Rosenmontagszug

GlobalisierungskritikerInnen ziehen unter dem alternativen Motto „Wenn uns Pänz ihr Zokunf sinn – dat haut se aus de Söck!“ („Wenn unsere Kinder ihre Zukunft sehen – das haut sie aus den Socken!“) als Vorgruppe des Rosenmontagszuges durch Köln. Mit dabei sind viele Attac-Aktive.

10. und 11. März 2017

Aktivenkonferenz „Aufstehen gegen Rassismus“

Die TeilnehmerInnen der Aktivenkonferenz der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ in Bochum beschließen, die Wahlkämpfe der AfD offensiv zu begleiten. Ein zentrales Element ist die Ausbildung von 10.000 „StammtschkämpferInnen gegen Rassismus“. Attac ist Teil des Bündnisses.

15. März 2017

Luxleaks: Attac fordert Whistleblower-Gesetz

Auch wenn das erstinstanzliche Urteil leicht abgemildert wird: Die erneute Verurteilung der Luxleaks-Whistleblower Antoine Deltour und Raphaël Halet ist ein Skandal. Attac fordert ein Gesetz, das die Weitergabe von Daten zur Aufdeckung von Straftaten und Steuerhinterziehung straffrei stellt.

17. März 2017

Aktion, Pressekonferenz und Podiumsdiskussion zu G20-Finanzministertreffen

Bei einer gut besuchten Pressekonferenz in Baden-Baden fordert das Europäische Attac-Netzwerk die G20-Staaten auf, Steuervermeidung und -konkurrenz aktiv zu bekämpfen. Mit einer Aktion in der Innenstadt verleihen die AktivistInnen ihrem Engagement Nachdruck. Auf große Resonanz stößt auch eine Podiumsdiskussion mit Luxleaks-Whistleblower Antoine Deltour.

18. März 2017

G20 setzen weiter auf Deregulierung und ungerechten Welthandel

Das Treffen der G20-FinanzministerInnen macht erneut deutlich: Von der G20 sind keine demokratischen und gerechten Antworten auf globale Probleme zu erwarten. Unter Führung von Schäuble setzen sie weiter auf Deregulierung, Sparpolitik und ungerechten Welthandel.

21. März 2017

Leak beweist: EU verhandelt TTIP-Zwilling mit Japan

Ein Leak gibt Einblick in das seit 2013 geheim verhandelte Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Japan (JEFTA): Wie TTIP enthält JEFTA Sonderklagerechte für Konzerne und räumt Lobbyisten direkten Einfluss auf geplante Gesetze ein. Attac fordert, der EU-Kommission das Mandat für die Verhandlungen zu entziehen.

24. März 2017

Schlagere ja, G20-Demo nein?

Der Hamburger Senat versucht, die Abschlusskundgebung der Großdemo gegen den G20-Gipfel am 8. Juli zu verhindern: Wegen „Sanierungsmaßnahmen“ könne das Heiligegeistfeld nicht zur Verfügung gestellt werden. Ein Schlagermove zwei Tage später auf demselben Areal soll dagegen kein Problem sein.

24. und 25. März 2017

TTIP-Aktionskonferenz: Zeit für eine neue Politik!

Es ist Zeit für eine neue Wirtschafts- und Handelspolitik. Darin sind sich die TeilnehmerInnen der Strategiekonferenz des Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“ in Kassel einig. Sie fordern ein Moratorium für alle derzeit verhandelten Freihandelsabkommen der EU und vereinbaren, sich verstärkt Alternativen zu widmen.

1. und 2. April 2017

Attac-Ratschlag: Fokus auf G20-Protest und Kampf gegen rechts

Die Beteiligung von Attac an den G20-Protesten in Hamburg und die Frage, wie der weitere Aufstieg von RechtspopulistInnen verhindert werden kann, stehen im Mittelpunkt des bundesweiten Attac-Ratschlags in Halle. Die Aktiven beschließen zudem, die Debatte um Europa voranzutreiben und 2018 in einen großen Kongress münden zu lassen.



Demo in Baden-Baden, Foto: Stephanie Handtmann



Ratschlag, Foto: Stephanie Handtmann

7. April 2017

Aktion gegen die Datensammelwut von Google und Co

Mit einer bunten Aktion protestieren Attac-Aktive in Düsseldorf gegen die Datensammelwut der großen Internetkonzerne à la Google und Facebook und fordern mehr demokratische Teilhabe der BürgerInnen am Prozess der Digitalisierung. Anlass ist das Treffen der G20-DigitalministerInnen in der Stadt.

7. April 2017

G20-Gipfel: Polizei erklärt Hamburg zur demokratiefreien Zone

Die Polizei kündigt an, während des G20-Gipfels den gesamten Innenstadtbereich Hamburgs für Proteste zu sperren. Es soll eine „Blaue Zone“ geschaffen werden. Das G20-Demo-Bündnis stellt klar, dass es das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit notfalls vor Gericht durchsetzen wird.

10. April 2017

800 Menschen aus ganz Europa bei G20-Aktionskonferenz

Mehr als 800 Menschen aus ganz Europa treffen sich zur zweiten Aktionskonferenz gegen den G20-Gipfel in Hamburg und planen konkrete Aktivitäten. Als Vorgeschmack ziehen sie in einer bunten Demonstration vom Millerntor-Stadion zu den Messehallen.

11. April 2017

Hamburger Innensenator rudert zurück

Wenige Tage, nachdem die Polizei eine „Blaue Zone“ für Hamburg angekündigt hat, rudert Justizsenator Till Steffen (Grüne) zurück: Es werde keine Demonstrationsverbotszone in der Innenstadt geben.

15. April 2017

Ostermärsche gegen Krieg und Aufrüstung

Bei den traditionellen Ostermärschen der Friedensbewegung demonstrieren Tausende gegen Krieg und Aufrüstung. In vielen Städten ruft Attac mit zu den Kundgebungen auf.

22. April 2017

Farbe bekennen gegen rechts

Attac ruft dazu auf, zum Bundesparteitag der AfD in Köln Farbe zu bekennen. Mit dem bundesweiten Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ mobilisiert Attac zu den Protesten. [Termin nach Redaktionsschluss]

Ausblick

13. Mai bis 17. Juni 2017

Bedingungsloses Grundeinkommen auf Tour

Wie sähe unsere Gesellschaft aus, wenn jeder Mensch ein bedingungsloses Grundeinkommen erhielte? Darum geht es bei einer Tournee, die von der Attac-Arbeitsgruppe „Genug für alle“ mit organisiert wird. Die nächsten Stationen sind Bremen, Berlin, Hannover und Hamburg-Altona.

www.bge17.de/tournee-2017-2-2

24. bis 28. Mai 2017

Kreativen Protest lernen? Attac-Aktionsakademie!

Kreativen Protest lernen? Das geht bei der Aktionsakademie von Attac – diesmal in Hamburg. Das Angebot richtet sich an Frauen und Männer aus allen Spektren der global solidarischen und sozial-ökologischen Bewegung.

7. Juni 2017

Konferenz „EU-Afrika-Handelsbeziehungen neu gestalten“

Die EU ist für Afrika der wichtigste Handelspartner. Wie muss diese Beziehung für eine arbeitsreduzierende und inklusive wirtschaftliche Entwicklung Afrikas gestaltet werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt der unter anderem von Attac, Brot für die Welt und Misereor organisierten Konferenz „Die Chance ergreifen: EU-Afrika-Handelsbeziehungen neu gestalten“ in Berlin.

29. Juni bis 4. Juli 2017

Speakerstour mit Handelsaktivistin aus Mexiko

Die Nordamerikanische Freihandelszone hat zu

massiven Verwerfungen in Mexiko geführt. Maria Atilano vom Mexikanischen Netzwerk gegen Freihandelsabkommen reist auf Einladung von Attac und der Rosa-Luxemburg-Stiftung durch Deutschland und berichtet von den Kämpfen in Mexiko für eine gerechte Weltwirtschaftspolitik. Stationen sind Aachen, Frankfurt am Main, München, Berlin, Bremen und schließlich der G20-Alternativgipfel in Hamburg.

5. bis 8. Juli 2017

G20-Proteste: Alternativgipfel, Aktionstage und Großdemo

Gemeinsam mit vielen Bündnispartnern will Attac zum G20-Gipfel den solidarisch-emanzipatorischen Pol der Gesellschaft sichtbar machen. Es gilt, dem zynischen „Weiter so“ der G20 Entwürfe für eine sozial gerechte, friedliche und ökologisch zukunftsfähige Welt entgegenzustellen. Dazu bereitet Attac mit vielen Initiativen und Organisationen für Hamburg einen Dreiklang aus Alternativgipfel am 5. und 6. Juli, Aktionen am 7. Juli und einer Großdemonstration am 8. Juli vor.

24. bis 29. August 2017

Aktionstage gegen Braunkohle im Rheinland

Den Kohleausstieg selbst in die Hand nehmen: Darum geht es bei den Aktionstagen im rheinischen Braunkohlerevier – zusammen mit lokalen Initiativen, Umweltverbänden, Klimacamps, Kleingruppen und KlimaaktivistInnen aus ganz Europa.

23. bis 27. August 2017

Europäische Attac-Sommeruniversität in Toulouse

Bewegende Sommertage in Toulouse: Die vierte Europäische Sommeruniversität von Attac lockt in den Süden Frankreichs. Für fünf Tage kommen engagierte Menschen aus den sozialen Bewegungen Europas und anderer Teile der Welt zusammen, um von- und miteinander zu lernen. Mehr als tausend Menschen werden erwartet.

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

„In Hamburg wollen wir noch einen draufsetzen.“

Neben den dauerhaft besetzten Stellen im Attac-Team bereichern immer wieder Menschen Attac mit ihrem Engagement und ihrer Kompetenz, die auf Zeit vom Bundesbüro aus einzelne Projekte unterstützen. Tim Büttner, 28 Jahre alt, verstärkt zur Zeit den Themenbereich Steuern und Finanzmärkte.

Tim, wie bist Du zu Attac gekommen, und was machst Du aktuell hier?

Ich bin erst seit kurzem bei Attac im Bundesbüro. Dort unterstütze ich die Aktivitäten zu finanz- und steuerpolitischen Themen, in enger Zusammenarbeit mit der AG Finanzmärkte und Steuern. Mit Attac hatte ich vorher in verschiedenen politischen Kontexten zu tun – bei Veranstaltungen, bei Demos, im Blockupy-Bündnis, das ja bei mir direkt vor der Haustür war. Näher bin ich dann an Attac gekommen, als ich mich über mein Politikstudium in Frankfurt intensiver mit Steuer- und Finanzpolitik und mit zivilgesellschaftlichem Engagement dazu beschäftigt habe. Ich habe dann auch meine Masterarbeit zu Steuervermeidung multinationaler Unternehmen geschrieben.

Was bringt denn einen jungen Menschen dazu, sich ausgerechnet für Finanzthemen zu interessieren? Das Thema wirkt auf den ersten Blick ja nicht so leicht zugänglich ...

Das stimmt, aber gleichzeitig geht es ja um ganz elementare Fragen der Gerechtigkeit. Wie kann es sein, dass Unternehmen mit riesigen Gewinnen sich überhaupt nicht an den Kosten des Gemeinwohls beteiligen und dass dies einfach so hingenommen wird? In gewisser Weise hat mich damit ein Thema aus meiner Jugend wieder eingeholt, die angebliche Alternativlosigkeit der Globalisierung. Während meiner Schulzeit hatte ich heftige Diskussionen mit meinem Lehrer über die Hartz IV-Reformen, die ja vor allem mit der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands begründet wurden. Die aktuelle Steuer- und Finanzpolitik ist für mich quasi die Infrastruktur der neoliberalen Globalisierung, mit all den negativen Folgen, die wir allerorts sehen.

Wenn Du den öffentlichen Diskurs zur Finanzpolitik heute zu dem vergleichst, in dem sich Attac gegründet hat: Welche Veränderungen findest Du bemerkenswert?

Attac hat sich ja bekanntlich rund um die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer gegründet. Dass diese heute von Regierungen weltweit diskutiert wird, ist ein Riesenerfolg, den Attac sich auf die Fahnen schreiben kann. Da hat

eine gute Idee gesiegt, auch wenn wir aktuell mit Sorge beobachten, dass die Steuer auf europäischer Ebene blockiert wird.

Im Moment stehen die Themen Steuerflucht und Steuervermeidung stark im Vordergrund. Hier tut sich unglaublich viel, angestoßen durch die mutigen Veröffentlichungen von Whistleblowern und durch zivilgesellschaftlichen Protest. Wir hatten in Baden-Baden beim G20-Finanzministertreffen eine Veranstaltung mit Antoine Delcourt, dem Whistleblower von LuxLeaks, der hat ganz persönlich erzählt, wie er den Kampf mit seinem Arbeitgeber, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers und den ganz

darin, wie man diese schwierigen Themen einer breiten Bevölkerung begreiflich macht.

Im Juli steht der G20-Gipfel an. Inwiefern steht das Thema Finanzmärkte auf der Agenda? Für welche Steuerpolitik stehen die G20? Lassen sich daraus konkrete Forderungen ableiten?

Ich fahre nach Hamburg, weil die G20 sich seit der Finanzkrise zu einem extrem wichtigen Forum entwickelt haben, in dem maßgebliche Entscheidungen zur Entwicklung der Weltwirtschaft getroffen werden. Gerade im Steuer- und Finanzbereich waren sie sehr aktiv, das



Foto: Stephanie Handtmann

großen Unternehmen aufgenommen hat. Das war toll. Ich denke, das ist eine wichtige Aufgabe von Attac: Der breiteren Öffentlichkeit begreifbar zu machen, dass Steuer- und Finanzpolitik nicht etwas abstraktes ist, sondern von Menschen gemacht wird – im Guten wie im Schlechten und dass es uns deshalb alle angeht.

Wo siehst Du Wege für Attac, die Finanzpolitik zu verändern?

Attac hatte ja schon immer diesen starken ökonomischen Fokus und der ist auch Alleinstellungsmerkmal. Deshalb war es wichtig, dass wir in Baden-Baden waren – gerade weil viele unserer Bündnispartner Probleme haben, zu abstrakten Themen wie Steuer- und Finanzpolitik zu mobilisieren. Die Konzerne, die weltweit durch Steuervermeidung und Steuerflucht auffallen, sind dieselben, die auch vom Freihandel profitieren, und es sind die so genannten Entwicklungsländer, die am meisten darunter leiden. Kommunen kommen in Finanzierungsengpässe und die soziale Ungleichheit steigt. Attac hat viel Erfahrung

Erreichte bleibt jedoch weit hinter den Versprechungen nach der Finanzkrise zurück. Gleichzeitig werden hier auch neoliberale Prinzipien weltweit verankert. Dabei offenbart sich ein riesiges Demokratieproblem: Die G20 treffen völlig intransparent Entscheidungen, die die Menschen weltweit betreffen. Gleichzeitig bleibt ein Großteil der Länder bei der Entscheidung außen vor. Deshalb fordern wir eine Stärkung der UN, um Entwicklungsländer besser einzubinden. Deren Vorschläge im Steuer- und Finanzbereich waren auch viel weitgehender und decken sich teilweise mit langjährigen Attac-Forderungen. Für die AG Finanzmärkte und Steuern war das G20-Finanzministertreffen ein wichtiger Meilenstein, den wir mit genutzt haben, um unsere Forderungen nach einer Schließung der Steueroasen, einer strikteren Regulierung der Finanzmärkte und ein Ende des Steuerwettbewerbs nach unten publik machen. In Hamburg wollen wir noch einen draufsetzen.

Interview: Jule Axmann

Rechte Hetze in Anzug und Kostüm

Wie die AfD Neoliberalismus mit Rassismus und EU-Skepsis verbindet

Kostüm statt Bomberjacke, feine Lederschuhe statt Springerstiefel. Die neue Rechte tritt heute anders auf als früher. Nicht nur die Optik hat sich geändert – rechte Gruppierungen wie die Identitären übernehmen auch Aktionsformen aus linken Bewegungen. Haben sie deshalb an Gefährlichkeit verloren? Ganz und gar nicht.

Extreme Rechte und Rechtspopulisten eint eine ausgeprägte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die sich vor allem gegen Muslime und Muslima richtet. Sie verfolgen zudem eine Abneigung gegen „den Staat“, der sich in einer tiefen Skepsis gegenüber etablierten Eliten und der repräsentativen Demokratie ausdrückt. Ein Grund ihres Hasses gegen Menschen mit muslimischem Hintergrund liegt in der Veränderung der zentralen globalen Auseinandersetzungen: Bis Ende des letzten Jahrtausends wurden die globalen Konflikte im Rahmen des Kalten Krieges und der Systemalternativen Kapitalismus versus Sozialismus/Kommunismus gedeutet. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Transformation Chinas sowie der Integration beider in den kapitalistischen Weltmarkt taugen die „rote“ und die „gelbe Gefahr“ nicht mehr als Schreckgespenst. Stattdessen toben nun der „Kampf der Kulturen“ und der „Krieg gegen den Terror“. Das hassenswerte Andere ist nicht mehr über das andere Wirtschaftssystem, sondern über die „andere Kultur“ definiert.

Ein weiterer Grund liegt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: MigrantInnen sind häufig gezwungen, niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren und werden deswegen von einheimischen Arbeitssuchenden als Konkurrenz empfunden. Abstiegsgefährdete Mittelschichten sehen in den Geflüchteten zudem die Ursache für eine vermeintliche Überlastung des Sozialstaates, da sie hier Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Eine plumpe Ablehnung der Demokratie oder gar die Forderung nach einer Diktatur sind heute nicht anschlussfähig. Viel besser funktioniert die Kritik an den politischen Strukturen der EU. Die EU hat schwerwiegende demokratische Mängel, ist neoliberal geprägt und damit gut geeignet, die repräsentative Demokratie grundsätzlich in Frage zu stellen. Das ist anschlussfähig bis ins linke Milieu hinein. EU-Kritik, die vor allem in der Euro-Skepsis auf den Punkt zu bringen ist, ist wesentlich für den Erfolg der extremen Rechten und die AfD.

Deren Kampagne hatte zwei Stoßrichtungen. Die eine richtete sich gegen südeuropäische



Aktionsskit „Aufstehen gegen Rassismus“

Länder, insbesondere gegen Griechenland, die andere gegen die EU als politische Institution. Die AfD verbindet erfolgreich einen radikalen Neoliberalismus und EU-Kritik mit rassistischen Argumentationsmustern. Mit dem zeitweisen Zusammenbruch des europäischen Grenzregimes ab Sommer 2015 erweiterte sie die Kritik auf die deutsche Bundesregierung. Die vermeintlich zu zaghaften Abwehrmaßnahmen der Regierung Merkel gegen Geflüchtete wurden zur Bedrohung für Deutschland stilisiert. Seit die Grenzen wieder geschlossen sind, nimmt die AfD in ihren rassistischen Positionen in erster Linie Muslime und Muslima in den Fokus. Dies wurde im Frühjahr 2016 in der Debatte um das Parteiprogramm der AfD deutlich.

Wenn ein wesentlicher Grund für den Erfolg der extremen Rechten darin liegt, fremdenfeindliche Positionen verstärkt und wählbar gemacht zu haben, kann die Antwort aus emanzipatorischer Perspektive nur ein radikaler Humanismus sein: Jedem Menschen an jedem Ort der Welt stehen dieselben politischen und sozialen Rechte zu. Wenn in der Ablehnung des Staatlichen ein weiterer Grund für ihren Erfolg liegt, dann müssen wir die tiefe Skepsis breiter Teile der Bevölkerung mit dem politischen System aufgreifen. Allerdings hilft es nichts, statt rechter eine vermeintlich linke Elitenschelte zu betreiben. Eine radikale Demokratisierung aller gesellschaftlicher Bereiche ist notwendig, die die Wirtschaft eingeschlossen.

Thomas Eberhardt-Köster, Attac-Koordinierungskreis

Aktiv gegen die AfD im Wahlkampf

Jetzt Aktionskits bestellen

In den bevorstehenden Wahlkämpfen wird die sogenannte „Alternative für Deutschland“ mit massiver Präsenz auftreten und an unzähligen Wahlkampfständen im ganzen Land gegen den Islam, gegen Geflüchtete und gegen andere Minderheiten sowie gegen eine offene, moderne und demokratische Gesellschaft hetzen. Die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“, an der sich Attac aktiv beteiligt, stellt nun Aktionskits zur Verfügung, mit denen wir uns der AfD effektiv in den Weg stellen können: Bestellt die praktischen Beutel, mit denen Ihr jederzeit gerüstet seid – sie enthalten Müllbeutel, mit denen Ihr Euch in kleinen Teams wann immer möglich neben AfD-Wahlkampfständen positionieren, das von den RechtspopulistInnen verteilte Material direkt wieder einsammeln und den Menschen die ebenfalls im Beutel enthaltenen Flyer mit Argumenten gegen den Hass und für eine bessere Welt in die Hand geben könnt.

www.shop.attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Barbara Fuchs,
Stephanie Handtmann, Achim Heier,
Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Europäische Attac-Sommeruniversität

23. bis 27. August 2017 in Toulouse



„Für soziale Bewegung“, Foto: Attac France

In der internationalen ESU-Vorbereitungsgruppe haben wir uns darauf verständigt, dass jede Sprache das Anliegen der ESU in einem eigenen Motto ausdrückt. Aber der Inhalt ist für uns alle gleich: Wir wollen „debattieren, protestieren, feiern!“

Die letzte ESU fand 2014 in Paris statt. Seither ist viel passiert, und wir sind davon überzeugt, dass es tatsächlich viel zu feiern gibt. Denn in ganz Europa und darüber hinaus hat eine unglaubliche Mobilisierung der BürgerInnen für eine andere Welt stattgefunden. Für eine Welt ohne Konzernermächtungsverträge; für eine Welt, in der Mensch und Planet wichtiger sind als Profit; in der es eine Willkommenskultur für die Opfer der weltweiten Handelskriege

und des Klimawandels gibt ... Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Wir wollen in Toulouse mit Aktiven und Neugierigen zusammen feiern, was wir erreicht haben und noch erreichen wollen. Denn warum soll mensch nur feiern, was bereits vergangen ist? Wir wollen uns ermutigen: dass eine andere Welt möglich ist – für uns selbst, für eine lebendige Erde und für eine kinder- und enkeltaugliche Zukunft. Fragend schreiten wir voran: Was soll da sein, wenn das, was wir nicht wollen, erfolgreich verhindert wurde? Das ist die große Herausforderung, an der wir alle arbeiten und über die wir auf der ESU 2017 debattieren und Aktionen planen wollen.

Die ESU ist eine Institution von allen für alle. Und Toulouse ist nicht irgendein Ort: 2014 wurde unsere Gastgeber-Universität nach dem Friedensaktivisten Jean Jaurès umbenannt, der 1914 unmittelbar vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges von einem französischen Nationalisten ermordet wurde.

Infos zu Teilnahme, Preisen, Anfahrt und Unterkunft und natürlich zur Anmeldung von Workshops und Seminaren findet Ihr unter:

www.esu2017.org

Gegen Kohle, für globale Klimagerechtigkeit!

Aktionswochen, Klimacamps, Demonstrationen in 2017



Foto: Moritz Richter / 350-org

Kohle muss im Boden bleiben! Jede weitere Tonne Kohle, die verbrannt wird, heizt die globale Erwärmung an und damit die Folgen, unter denen Menschen schon heute leiden: Dürren, Überflutungen, Hungersnöte. Soziale Krisen und globale Ungleichheit werden sich dadurch noch mehr zuspitzen.

Das rheinische Braunkohlerevier ist der Ort, wo wir das Problem an der Wurzel packen wollen. Es

ist nicht nur eine gigantische Quelle von CO₂, sondern auch ein Symbol für ein zerstörerisches Wirtschaftssystem. Seit vielen Jahren unterstützen Attac-Aktive darum den lokalen Widerstand gegen die Braunkohle. Auch in diesem Jahr bleiben wir am Thema dran: Ende August sind Aktionstage im rheinischen Braunkohlerevier angekündigt. In diesem Rahmen wird es sogar mehrere Klimacamps geben (18. bis 29. August 2017), Demonstrationen von NGOs und Bürgerinitiativen, kulturelle Veranstaltungen, kreative Kleingruppen-Aktionen und natürlich eine Massenaktion zivilen Ungehorsams namens „Ende Gelände“ (24. bis 29. August 2017).

Auch im Herbst geht es im Rheinland hoch her. Denn vom 6. bis 17. November 2017 findet der 23. UN-Klimagipfel (COP23) in Bonn statt – also nur eine Stunde vom rheinischen Braunkohlerevier entfernt. Diese Gelegenheit können wir uns nicht entgehen lassen, um unter den Augen

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

der Weltöffentlichkeit den Finger in die Wunde der deutschen „Energiewende“ zu legen: Wer über Klimaschutz redet, darf Kohleausstieg nicht verschleppen! Tausende AktivistInnen aus aller Welt, darunter Menschen von Inselstaaten, die unmittelbar vom Untergehen bedroht sind, werden vom 3. bis 5. November 2017 mit uns für Klimagerechtigkeit protestieren. Am 5. November wird „Ende Gelände“ die Tagebau-Infrastruktur blockieren. Auf einem Alternativgipfel mit Attac-Beteiligung wird es u.a. um sozial-ökologische Transformation gehen und – im Dialog mit Gewerkschaften – um „Gerechte Übergänge“.

Ihr könnt Euch gerne in die Vorbereitung einbringen. Unterstützt mit Eurer Ortsgruppe die lokale Mobilisierung für „Ende Gelände“! Oder meldet Euch bei der Attac EKU AG (eku@attac.de).

www.attac.de/eku

www.ende-gelaende.org

Neu im Attac-Shop:

Wie wollen wir zusammen leben?

Attac-Bildungsmaterialien für Grundschulen in Zusammenarbeit mit dem HVD

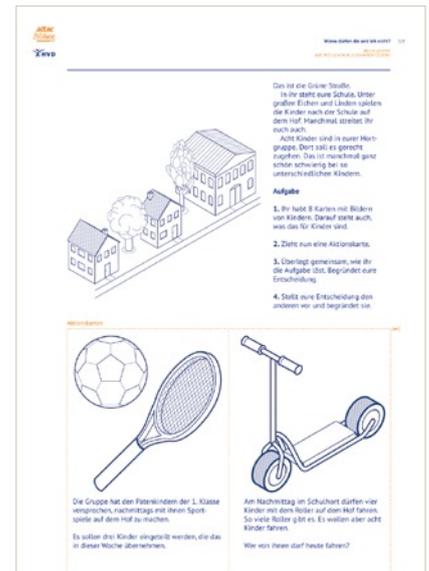
Wie kann ich selbstbestimmt und zugleich verantwortungsvoll leben? Wie sieht eine angemessene Partizipation an der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung aus? Wie kann die Wirtschaft so organisiert werden, dass die Bedürfnisse der Menschen und die Erhaltung der Umwelt vor Profitinteressen stehen? Wie können auch unterschiedlichste Bedürfnisse möglichst miteinander in Einklang gebracht werden? Um diese Fragen geht es in einer neuen Reihe von Bildungsmaterialien für Grundschulen, die Attac in Kooperation mit dem Humanistischen Verband Deutschlands (HVD) erstellt.

Beide Organisationen wollen der Menschwürde in Form konkreter Rechte Geltung verschaffen. Doch solche Rechte müssen immer wieder neu aus demokratischen Prozessen hervorgehen. Dementsprechend gibt es auf die genannten Fragen keine eindeutigen und endgültigen Antworten. Wer sie ernsthaft stellt, wird im Gegenteil verbindliche Antworten ablehnen. Es kommt vor allem auf die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Problemanalyse und zur friedlichen Lösung an. Deshalb sollte das Hinterfragen festgefahrener Handlungsweisen ebenso wie das Entwickeln von Empathie schon vom Kindesalter an gefördert werden. Dazu sollen die Materialien beitragen.

Den Auftakt der Reihe bilden fünf Einheiten zur Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Darin geht es um die kindgerechte Erarbeitung verschiedener Teilungsvarianten, um einen angemessenen Umgang mit begrenzten Ressourcen, um den Einfluss unterschiedlicher Voraussetzungen und Bedürfnisse auf das individuelle Gerechtigkeitsempfinden oder um das Hinterfragen von Privilegien und die Erarbeitung neuer Verteilungsregeln.

Die Unterrichtseinheiten wurden für die Klassenstufen eins bis sechs entwickelt. Im Zentrum stehen ethische Fragen. Zugleich werden die Kinder altersgemäß an einzelne Aspekte aus Wirtschaft und Politik herangeführt. Die Materialien eignen sich zum Einsatz im Lebenskunde-, Ethik-, Religions- und Sachunterricht. Zu jeder Einheit gibt es eine kurze Einführung, eine Beschreibung des Ablaufes sowie die benötigten Kopiervorlagen.

Die Materialien erscheinen sowohl online als auch gedruckt. Auf der Webseite (www.attac.de/bima) stehen sie gratis zum Download bereit, sobald sie fertiggestellt sind. Die Druckversion kann im Attac-Webshop (www.shop.attac.de) bestellt werden. Dort finden sich auch alle bisherigen Bildungsmaterialien. Außerdem kann ein Newsletter zu den Attac-Bildungsmaterialien per Mail an bildung@attac.de abonniert werden.



Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN

Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

Make Demokratie great again!



Demokratische Grundprinzipien, so scheint es, geraten dieser Tage weltweit zunehmend unter Druck. Ein US-amerikanischer Präsident, der versucht, sich mit Dekreten über geltendes Recht zu stellen, ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Gerade angesichts besorgniserregender Entwicklungen in Europa und weltweit ist und bleibt es die dringende Aufgabe der Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlicher Gruppen

wie Attac, die Demokratie zu verteidigen. Wir müssen unsere Alternativen stark machen und unseren Protest auf die Straße tragen – nicht nur im Juli in Hamburg anlässlich des G20-Gipfels.

Wie nötig dieses Engagement ist, wurde erst kürzlich wieder deutlich. Nach CETA, TiSA und TTIP wurden Attac Österreich vor wenigen Wochen besorgniserregende Inhalte eines

weiteren so genannten Freihandelsabkommens zugespielt und an die Presse weitergegeben. Die Dokumente zeigen, dass es sich bei dem geplanten Abkommen zwischen der EU und Japan in weiten Teilen um einen TTIP-Zwilling handelt. Verhandelt wird dieses Abkommen seit 2013; die Inhalte wurden dabei bis jetzt vor der Öffentlichkeit geheim gehalten. So sollen Proteste vermieden, demokratische Mitsprache unterdrückt werden. Doch diese Rechnung wird nicht aufgehen; wir werden auch zu diesem Skandal nicht schweigen. **Auch die EU muss dringend demokratisiert werden – Deine Spende hilft uns dabei!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; die Gemeinnützigkeit wurde Attac im April 2014 vom Finanzamt Frankfurt entzogen. Im November 2016 hat das Hessische Finanzgericht das für rechtswidrig erklärt und die Gemeinnützigkeit von Attac bestätigt. Sobald alle Einspruchsfristen verstrichen sind und das Urteil rechtskräftig ist, kann Attac wieder Spendenbescheinigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter
www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1702

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE